



«Airbnb ist ein Graumarkt, der den hiesigen Tourismus zusätzlich unter Druck setzt»

Beat Rieder, Ständerat

Was sollen die Anpassungen im Entsendegesetz, für die Sie sich engagierten, bewirken?

«Die durch den Ständerat beschlossene Verschärfung bekämpft das Lohndumping durch ausländische Firmen. Mit dieser Problematik haben vor allem Grenzkantone zu kämpfen, also auch das Wallis. Künftig sind höhere Bussen oder im Wiederholungsfall gar der Ausschluss von ausländischen Firmen vom Markt möglich. Die Anpassung ermöglicht den Kantonsregierungen, Normalarbeitsverträge als allgemeinverbindlich zu erklären und Mindestlöhne festzulegen.»

Was haben Sie gegen unkomplizierte und günstige Übernachtungsmöglichkeiten, wie sie Airbnb anbietet?

«Nichts. Aber ich sehe, dass die umliegenden Länder gegen Airbnb und Uber Massnahmen ergreifen, derweil die Schweiz zuschaut. Sie meint, das sei freier Markt. Es gelten aber für alle Anbieter die gleichen Vorgaben. Dann darf man auch Hoteliers und Ferienwohnungsvermieter nicht weiter mit Vorschriften vom GAV über die Sicherheit bis zur Hygiene einschränken. Airbnb ist ein Graumarkt, der den Tourismus zusätzlich unter Druck setzt. Genau wie Booking.com, das Hoteliers mit Knebelverträgen an sich bindet.»

Warum soll ein paar Monate nach der Einführung des Zweitwohnungsgesetzes bereits daran geflickt werden?

«Wollen wir weiter zuschauen, wie jährlich 60 Hoteliers in der Schweiz ihre Türen schliessen müssen und nicht wissen, was sie mit ihrer Liegenschaft anfangen sollen? Hier braucht es Lösungen, indem die ganze Nutzfläche in Wohnungen umgenutzt werden kann, nicht nur die Hälfte, wie im Gesetz vorgesehen. Die Hoteliers müssen rauskönnen aus ihrer existenziellen Falle. Grosse gesetzgeberische Fehler müssen sofort korrigiert werden, kleine können ein paar Jahre warten.»

Was soll eine nationale Erdbebenversicherung bringen?

«Den Direktweg über eine Bundeslösung haben wir in der Abstimmung leider ganz knapp nicht geschafft. Den Kantonen bleibt nun eine letzte Frist von einem Jahr, über ein Konkordat eine eidgenössische Erdbebenversicherung auf die Beine zu stellen. Ich bin überzeugt, dass dazu kein Kanton Nein sagen wird, weil das Risiko im Ereignisfall zu gross ist. Denn das nächste Erdbeben kommt bestimmt. Und wir wissen, dass bei Naturgefahren das Prinzip Hoffnung ein schlechtes Prinzip ist.»